



Thema: Bundestag soll die Bundesregierung per Beschluss auffordern, in Syrien aktiv zu werden

Göttingen, 26.01.2026

Appell an alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

als Volksvertretung in der parlamentarischen Demokratie der Bundesrepublik Deutschland appellieren wir an Sie, die Bundesregierung per Beschluss zu einer Initiative für Frieden und Stabilität in Syrien zu bewegen. Die genozidalen Angriffe des islamistischen Regimes in Damaskus und seiner Verbündeten – sunnitisch-islamistischen Milizen jeglicher Couleur – auf Kurden in Nordsyrien dauern an. Hunderttausenden Kurden in Deutschland und Europa demonstrieren weiterhin friedlich dagegen.

Etwa 400.000 kurdische Einwohner der nordsyrischen Stadt Kobane, die seit Tagen eingekesselt sind, brauchen dringend Hilfe. Die humanitäre Lage verschlechtert sich rapide. Es sind bereits Kinder an Kälte und Hunger gestorben. Die Einkesselung von Kobanê und der syrisch-drusischen Provinz al-Suwaïda durch das Regime in Damaskus müssen sofort beendet werden, und die Zivilbevölkerung muss Hilfe erhalten. Ebenso müssen die andauernden Verschleppungen und Vergewaltigungen alawitischer Frauen durch Islamisten im Westen Syriens sofort beendet werden.

Der ungerechtfertigte Krieg des Regimes in Damaskus gegen Kurden, Drusen und Alawiten erschwert das Zusammenleben in Syrien zunehmend. Dieser brutale Krieg trägt zum weiteren Zerfall des Staates bei. Der Zerfall staatlicher Strukturen hat zur Folge, dass erneut Millionen Menschen fliehen müssen. Auch die Existenz religiöser Minderheiten wie der wenigen verbliebenen Christen, Yeziden, Ismailiten und Mandäer in Syrien und im Irak ist weiterhin bedroht. Aktuell scheinen diese Minderheiten noch vom syrischen Regime und andere Islamisten aus taktischen Gründen geduldet zu werden. Dies könnte sich jederzeit ändern. Sie sind ebenfalls durch die Angriffe des Regimes in Nordsyrien gefährdet, auch wenn diese nicht primär ihnen gelten. In Deutschland und der EU müssen endlich Politikerinnen und Politiker die Courage haben, Verantwortung zu übernehmen und die Initiative zu ergreifen. Wir fordern die Entsendung einer Vermittlungsmission, um den andauernden Krieg gegen Kurden, Drusen und Alawiten zu beenden und die bestehenden Konflikte in Syrien friedlich zu lösen.

Wir fordern außerdem, dass die deutsche Bundesregierung mehr Druck auf den türkischen Machthaber Recep Tayyip Erdoğan ausüben muss, der maßgeblich für die Gewalt und den Terror in Syrien verantwortlich ist. Mit viel Geld aus Katar ist er zu einem einflussreichen Vertreter des internationalen sunnitischen Islamismus geworden. Es ist höchste Zeit, ihn zu stoppen, bevor sich die Gewalt und der Terror nicht nur in Syrien und im Nahen Osten, sondern weltweit weiter ausbreiten.

Der von der Türkei unterstützte andauernde Krieg des Regimes in Damaskus gegen die Kurden könnte auch zu weiteren Konflikten zwischen Kurden und Türken führen. Dies würde das friedliche Miteinander in Deutschland und ganz Europa gefährden. Das Unverständnis der kurdischen Bevölkerung in allen Teilen Kurdistans sowie in der Diaspora über die westliche Politik, die das Regime in Damaskus und den sunnitischen Islamismus unterstützt, wächst zunehmend. Gleichzeitig wird in den Medien des syrischen Regimes und anderer arabisch-sunnitischer Staaten verstärkt Hetze gegen Kurden, Drusen und Alawiten/Aleviten betrieben. Diese Feindseligkeiten, die zu offenen Konflikten zwischen Kurden, Alawiten/Aleviten und Drusen einerseits sowie Syrern, die offen mit dem syrischen Regime und dem radikalen Islamismus sympathisieren, führen, gefährden das friedliche Miteinander und sind nicht im Interesse der Demokratie – weder in Deutschland noch anderswo. In diesem Zusammenhang appelliert die GfbV auch an die protestierenden Kurden, Drusen und Alawiten/Aleviten, ihre Proteste weiterhin ausschließlich friedlich auszutragen.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

bitte sorgen Sie dafür, dass die Bundesregierung umgehend

- **eine Vermittlungsmision zwischen Kurden, Drusen und Alawiten einerseits und dem syrischen islamistischen Regime durchführt, um den andauernden Krieg des Regimes gegen Kurden, Drusen und Alawiten zu beenden und die bestehenden Konflikte in Syrien friedlich zu lösen,**
- **der syrisch-kurdischen Regierung Kobanê humanitäre Hilfe leistet,**
- **der syrisch-drusischen Provinz Suwaida humanitäre Hilfe leistet,**
- **ihren NATO-Partner Türkei dazu bewegt, seine Angriffe auf Kurden in Syrien zu beenden und stattdessen eine Politik zu beginnen, die nicht Krieg, Gewalt, Terror und Hass schürt, sondern Frieden und Versöhnung zwischen verschiedenen Ethnien und Religionsgemeinschaften fördert,**
- **das Regime in Damaskus dazu drängt, die Verschleppung und Vergewaltigung von alawitischen Frauen im Westen Syriens zu beenden.**

Mit freundlichen Grüßen

Für die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)

Dr. Kamal Sido, Referent für ethnische, religiöse, sprachliche Minderheiten und Nationalitäten